

Rede zur Aktuellen Stunde "Blockadehaltung der Kulturbürokratie gegen Selbstverantwortung Plus beenden"

Rede, 14.12.2006

FPD-Antrag Vorlage 16/6633, am 14. Dezember 2006

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die FDP- Fraktion in Person von Frau Kollegin Henzler konstruiert heute Vormittag künstlich eine aktuelle Stunde.

Der vorgetragene pauschale Vorwurf der Blockadehaltung der Kultusbürokratie gegen das Modellprojekt Selbstverantwortung Plus ist eine unbegründete und nicht nachvollziehbare Unterstellung, die ich im Namen der CDU-Fraktion auf das Schärfste zurückweise. Seit Beginn es Modellprojektes, das seinerzeit von allen vier vertretenen Fraktionen gemeinsam beschlossen wurde, haben wir uns im kulturpolitischen Ausschuss immer wieder mit der Fort- und Weiterentwicklung der Projektinhalte beschäftigt. Selbstverständlich haben wir im Rahmen der zahlreichen Gespräche auch erkannt, dass es den einen oder anderen Stolperstein auf dem Weg zu mehr Selbstverantwortung und mehr Eigenständigkeit der am Modellprojekt beteiligten Beruflichen Schulen gibt. Alleine schon die Komplexität der Inhalte der verschiedenen Handlungsfelder und die damit verbundene rechtliche Würdigung hat uns die eine oder andere Schwierigkeit einer gewünschten zeitnahen Umsetzung aufgezeigt. Solche Stolpersteine und Probleme aufzuzeigen, ist aber gerade der Sinn einer modellhaften Erprobung. Von Seiten der Kultusministerin wurde in allen Gesprächen immer wieder betont, wie sehr sie die zeitnahe und erfolgreiche Umsetzung des Modellprojektes unterstützt. Ich erinnere hier nur an den umfassenden Bericht der Ministerin zu den Meilensteinen zum Modellprojekt Selbstverantwortung Plus. Wenn sie jetzt von einer Blockadehaltung der Kultusbürokratie gegen das Modellprojekt sprechen, verehrte Frau Kollegin Henzler, ist das nicht nachvollziehbar und trifft auch bei den beteiligten Modellschulen auf wenig Verständnis. Diese haben in der Zwischenzeit bereits große Fortschritte auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gemacht und eine hervorragende Arbeit zur Schaffung ihres persönlichen Schulprofils geleistet. Im Namen der CDU-Fraktion bedanke ich mich sehr herzlich bei den beteiligten Schulen für diese großartige Leistung. Was mich persönlich sehr ärgert, ist die Tatsache, dass auf Betreiben der Kollegin Henzler die bisherige unangetastete gemeinsame Allianz aller vier Fraktionen zum Modellprojekt grundlos und ohne Notwendigkeit zerstört worden ist.

Nach der letzten Besprechung der Obleute mit den Sprechern der Modellprojektschulen am 30. November wollten wir erneut gemeinsam ein Signal setzen. Zur Unterstützung und zügigen Umsetzung der erforderlichen weiteren Verfahren in den Bereichen „Budget“ und „Personal“ haben wir vereinbart, einen gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen zu stellen. Der von ihnen, Frau Kollegin Henzler, sehr oberflächlich formulierte Textvorschlag und eine leicht verbesserte modifizierte Fassung der SPD-Fraktion konnten nach unserer Auffassung allerdings so nicht eingebracht werden. Im festen Glauben an die gemeinsame Zielsetzung, das Modellprojekt erfolgreich zu begleiten, habe ich gebeten am Rande dieses Plenums ein weiteres Obleutegespräch zu führen, um danach einen gemeinsamen Antragstext zu formulieren. Dazu waren sie, Frau Henzler, aber leider nicht bereit.

Sie haben ohne zwingenden Grund die gemeinsame Linie verlassen und ohne Beteiligung der CDU einen Antrag eingebracht. Damit dieser Antrag, der am Ende der Tagesordnung angesiedelt ist, in dieser Plenarwoche behandelt werden kann, haben sie künstlich diese aktuelle Stunde initiiert. Seitens der CDU-Fraktion haben wir aufgrund ihres Vorgehens heute einen eigenen Antrag vorgelegt, in dem wir die Schwachstellen des positionsantrags

behaben haben. Lassen sie mich dies aufgrund der geringen Redezeit nur anhand von zwei Punkten kurz begründen:

Wir sind uns einig, dass die Modellschulen bis zu fünf Prozent des Personaletats als disponible Mittel vollständig und ohne gesonderte Antragstellung erhalten sollen. Im Gegensatz zu ihrem Antrag wollen wir aber sichergestellt haben, dass das Haushaltsrecht zu beachten ist und die vollständige Abdeckung des Unterrichts gewährleistet sein muss. Für die Modellprojektschulen fordern sie in ihrem Antrag die unverzügliche Einführung der Rechtstellung nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins. Hierzu ist festzustellen, dass dieses Gesetz in Schleswig-Holstein in seiner endgültigen Fassung noch gar nicht vorliegt. Nach heutigem Zeitplan ist die Beschlussfassung in Schleswig-Holstein für Februar 2007 vorgesehen.

Sie wollen in ihrem Antrag einen Beschluss fassen, dem ein Vorbild zugrunde liegen soll, von dem sie noch gar nicht wissen, wie es letztendlich in seiner endgültigen Fassung aussieht. Wozu haben wir in Hessen ein umfassendes Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, wenn wir die daraus gewonnenen Erkenntnisse anschließend nicht zur Klärung der Rechtstellung verwenden wollen? Folgerichtig fordern wir daher in unserem Antrag, dass über die künftige Rechtstellung der Modellschulen auf der Grundlage dieses Rechtsgutachtens zu entscheiden ist.

Da sie, verehrte Kollegin Henzler, ihre Bereitschaft erklärt haben, über den Weg der Ausschussüberweisung doch wieder die Gemeinsamkeit herstellen zu wollen können wir die weitere Diskussion im Ausschuss führen. Lassen sie uns zu einer gemeinsamen Linie zurückkehren, lassen sie uns im Ausschuss auf der Grundlage unseres Antrages einen gemeinsamen Antrag formulieren und lassen sie uns gemeinsam die Beruflichen Schulen auf dem Weg zu mehr Selbstverantwortung und Eigenständigkeit zielorientiert nach vorne bringen.